

## CO2-Handel wird deutlich verschärft

**Kosten für Verschmutzungsrechte des Kohlekraftwerks laufen vollends aus dem Ruder  
Stadt Mainz, Aufsichtsräte: Ziehen Sie die Notbremse!!!**

Mainz, 4.1.2007. Nach Informationen des Handelsblatt (weiter unten der gesamte Artikel) plant die EU den CO2-Zertifikate-Handel ab dem Jahr 2013 erheblich zu verschärfen. Mit den laut Handelsblatt geplanten neuen Regelungen kommen **jährliche Kosten von über 200 Millionen Euro** auf Kraftwerke -wie das in Mainz geplante Kohlekraftwerk- zu.

„Seit eineinhalb Jahren warnen wir vor den unkalkulierbaren Kosten für Verschmutzungsrechte, die auf die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) zukommen, wenn sie weiter auf den Bau eines Kohlekraftwerks setzen“, erklärt Patrick Hassenpflug, Sprecher der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz e.V. (KoMa).

Zur Erinnerung: zunächst behaupteten die KMW monatelang, für das Mainzer Kraftwerk müssten keinerlei Zertifikate gekauft werden. Auch in dem Wirtschaftlichkeitsgutachten, das dem Mainzer Stadtrat als Grundlage für die Entscheidung über das Kohlekraftwerksvorhaben diente, war die Position „CO2-Zertifikate“ nicht enthalten.

Ein schwerer Fehler, denn wie von KoMa vorhergesagt und von KMW bestritten, wurde im Sommer 2007 endgültig beschlossen, dass Kraftwerke ab diesem Jahr 17% der benötigten Zertifikate kaufen müssen.

KoMa hat im Übrigen immer vorhergesagt (siehe diverse Pressemitteilungen unter [www.kohlefreies-mainz.de](http://www.kohlefreies-mainz.de)), dass ab der nächsten Handelsperiode die meisten, wenn nicht alle Zertifikate ersteigert werden müssen. Dann kämen bei einem Ausstoß von 4 Millionen Tonnen CO2 und Zertifikatskosten von 25 Euro pro Tonne Kosten von jährlich 100 Millionen Euro auf die KMW zu. Die Warnungen von KoMa wurden von Seiten der KMW regelmäßig als unseriös und Panikmache diffamiert.

**Doch nun kommt es noch dicker für Klimakiller wie die KMW:** die EU strebt nicht nur eine vollständige Versteigerung der Verschmutzungsrechte für Kraftwerke an, sondern die **gleichzeitige Verknappung der zur Verfügung stehenden Verschmutzungsrechte. Dies wird den Preis für die Zertifikate weiter nach oben treiben.** Laut einem vom Handelsblatt zitierten internen EU-Strategie-Papier auf **bis zu 57 Euro pro Tonne**. Was dies für ein Kraftwerk bedeutet, das mehr CO2 ausstößt als der gesamte Rest der Stadt Mainz, macht eine einfache Rechnung deutlich:

**4.000.000 t CO2/Jahr x 57 Euro/Tonne = 228 Millionen Euro Kosten PRO JAHR**

„Diese Entwicklung war vorhersehbar, wir haben x-mal davor gewarnt“, empört sich Hassenpflug über die Mainzer Tatenlosigkeit. „Doch wie die Lemminge laufen Stadt Mainz, Stadtwerke und KMW weiter auf den finanziellen Abgrund zu.“

Und selbst diese Kosten sind nicht das Ende der Fahnenstange, sondern es ist vielmehr zu erwarten, dass die Zertifikate im Laufe der Betriebszeit des Kraftwerks noch ganz andere Dimensionen erreichen würden. Wer, wenn nicht die Verbraucher würde dies bezahlen müssen?

Dabei steht die Alternative auf der Ingelheimer Aue: Das existierende hocheffiziente Gaskraftwerk stößt pro erzeugter Kilowattstunde Strom nicht einmal halb soviel CO2 aus, wie jenes Kohlekraftwerk, das es ersetzen soll. Zusammen mit dem Ausbau erneuerbarer Energien würde es für einen zukunftsfähigen Energiemix stehen.

Entweder die KMW führt die Mainzer Politik bewusst hinters Licht oder sie hat keine Ahnung von Energiepolitik, denn die Entwicklungen waren vorhersehbar! Beides keine guten Alternativen. Wer in Mainz den Aussagen von Stadtwerken und KMW weiterhin ungeprüft Glauben schenkt, ist selber schuld!

Investitionskosten steigen, Kohlepreise explodieren, CO2-Kosten sprengen jede Dimension. KoMa fordert von den Lokalpolitikern und Aufsichtsräten: **Stoppen Sie diesen Wahnsinn! Ziehen Sie die Notbremse. Dieses Kraftwerk zerstört nicht bloß unser Klima, sondern auch den Mainzer Haushalt. Mainz ist genug verschuldet und braucht keine Investitionsruine!!!**

## **EU verschärft CO2-Handel**

Neuer Gesetzentwurf aus Brüssel belastet Energiekonzerne - Zahl der Emissionsrechte soll sinken

HELMUT HAUSCHILD | BRÜSSEL **Die Pläne der EU-Kommission für eine Reform des Emissionshandels werden die Kosten der Luftverschmutzung für Europas Industriebetriebe deutlich erhöhen.** Denn ab 2013 will Brüssel die Zahl der Rechte zum Ausstoß von Kohlendioxid nochmals stark verringern. Außerdem müssen dann Energiekonzerne und Raffinerien fast ihre gesamten CO2-Zertifikate auf Auktionen erwerben und erhalten sie nicht wie bisher weitgehend kostenlos. Das geht aus dem Richtlinienentwurf zur Reform des Emissionshandels von Umweltkommissar Stavros Dimas hervor, der dem Handelsblatt vorliegt und voraussichtlich am 23. Januar veröffentlicht werden soll.

Der Entwurf sieht vor, dass die Zahl der ausgegebenen CO2-Zertifikate bis 2020 um 21 Prozent unter den Emissionen der Industrie von 2005 liegt, die Unternehmen den Ausstoß klimaschädlicher Gase also im Schnitt um mehr als ein Fünftel senken müssen. Ab 2013 sollen zudem insgesamt 60 Prozent der Zertifikate versteigert werden. Besonders streng sind dabei die Vorgaben für die Energiebranche. **Kraftwerke und Raffinerien müssen dann 90 bis 100 Prozent ihrer CO2-Rechte auf Auktionen erwerben.**

Für andere Branchen soll die vollständige Versteigerung der CO2-Zertifikate erst dann eingeführt werden, wenn ein neues internationales Klimaschutzabkommen vorliegt und in den Industrieländern außerhalb der EU vergleichbare Grenzen für den CO2Ausstoß gelten. Dimas' Gesetzentwurf enthält deshalb eine Revisionsklausel für das Jahr 2011, um dies zu überprüfen. Gibt es in den Drittstaaten keine vergleichbaren Maßnahmen zur CO2-Reduktion, bekommen die Industriebetriebe weiterhin einen Teil ihrer Emissionsrechte kostenlos. Auf diese Weise könne verhindert werden, dass die Unternehmen ihre Produktion in Länder mit weniger strengen Klimaschutzvorschriften verlagern und dort die Emissionen steigen, heißt es in dem Gesetzentwurf. Die Kosten der Reform des Emissionshandels für sehr energieintensive Industriezweige will Dimas besonders stark abfedern.

Die deutschen Stromerzeuger lehnen die geplante vollständige Versteigerung der Zertifikate ab 2013 als zu radikal ab. So fordert Eon-Vorstandschef Wulf Bernotat, der Einstieg in das neue System dürfe nur schrittweise bis 2020 erfolgen. **Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) dagegen unterstützt die strengen Vorgaben aus Brüssel. Die EU müsse ab 2013 "möglichst schnell" zu einer vollständigen Auktionierung der CO2-Rechte kommen,** um die bisherigen "windfall profits" für die Energiekonzerne aus der kostenlosen Vergabe einzudämmen, sagte Gabriel vor zwei Wochen in Brüssel. Eine Sprecherin von Dimas wollte den Gesetzentwurf nicht kommentieren und betonte, es könne noch erhebliche Änderungen geben.

Der von der EU 2005 eingeführte Emissionshandel gilt als besonders innovatives Instrument zum Klimaschutz. Unternehmen, die ihre Emissionen senken, können überschüssige CO2-Zertifikate verkaufen. Dadurch haben sie einen Anreiz zu Investitionen in die Abgasvermeidung. Allerdings litt das System anfangs unter Startproblemen. Die EU gab in der ersten Handelsperiode bis Ende 2007 zu viele Emissionsrechte aus, was zu einem massiven Preisverfall führte (siehe Grafik). Für die zweite Handelsperiode von 2008 bis 2012 wurde die Zahl der CO2-

Zertifikate deshalb bereits reduziert, allerdings werden sie größtenteils noch immer kostenlos vergeben.

Dies will Dimas mit der Reform für die dritte Handelsperiode von 2013 bis 2020 ändern. Sein Ziel ist zudem, dass der Emissionshandel einen erheblichen Beitrag zu dem Beschluss der EU-Regierungschefs vom vergangenen Frühjahr leistet, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent zu senken.

**Die geplante weitere Verringerung der Zertifikate und die Auktionierung werden den Preis für Kohlendioxid im Emissionshandel voraussichtlich in neue Rekordhöhen treiben - laut einem internen Strategiepapier der Kommission von Anfang Oktober auf bis zu 57 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>.** Der Gesetzentwurf macht zu der erwarteten Preissteigerung keine Angaben.

Die Einnahmen aus der Versteigerung - Kommissionsexperten erwarten einen zweistelligen Milliardenbetrag - sollen nach Dimas' Plänen zu 20 Prozent für Maßnahmen zur Emissionsminderung verwendet werden. Genannt wird unter anderem die Forschung an neuen Technologien wie der CO<sub>2</sub>-Speicherung und die Entwicklung erneuerbarer Energien.

*Hauschild, Helmut*

04. Januar 2008